

## DAS ONLINE-SUPPLEMENT DES FORSCHUNGSJOURNALS

### FORSCHUNGSJOURNAL SOZIALE BEWEGUNGEN 35. Jg. Heft 4 | 2022

David Begrich, Dr. Renate Hürtgen, Dr. Carsta Langner, Prof. Dr. Katrin Reimer-Gordinskaya, Prof. Dr. Roland Roth im Gespräch mit Andre Schmidt und Clara Schliessler

#### **„1998/2000 hatte man noch andere Hoffnungen“**

#### **Über Demokratieförderung und die Widersprüche der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland**

*Andre Schmidt:* Das Konzept der Zivilgesellschaft ist in Demokratieforschung und Demokratiep Politik der zentrale Bezugspunkt. Die Zivilgesellschaft soll gesellschaftliche Innovationen vorantreiben, sie soll Teilhabe ermöglichen und die Demokratie insbesondere gegen Bedrohung durch rechte Bewegungen stärken. Das ist ein hoher normativer Anspruch, gleichzeitig bleibt das Konzept von Zivilgesellschaft dabei häufig unterbestimmt und schillernd.

Seit Anfang der 2000er Jahre hat sich eine staatliche „Demokratieförderung“ etabliert, die explizit auf den Ausbau von „zivilgesellschaftlichem Engagement“ und die Stärkung von „demokratischer Kultur“ zielt. Gefördert werden vor allem lokale Initiativen, die sich gegen die extreme Rechte und für pluralistische Werte einsetzen. Dabei stand von Anfang an Ostdeutschland im Fokus. Dieser Ansatz wurde auch im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung bestärkt, die bis 2023 ein Demokratiefördergesetz verabschieden möchte, welches der „verbindlichen und langfristigen Stärkung der Zivilgesellschaft“ dienen soll<sup>1</sup>. Die Koalition reagiert damit auf Kritik an der Demokratieförderung, nach der diese zu kurzfristig und projektfokussiert ist, bei den Ländern liegt und nicht genug Mittel umfasst. In Zukunft möchte der Bund selber planen und fördern können.

Wir möchten das als Anlass nehmen, uns mit dem Phänomen der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland

---

<sup>1</sup> SPD, Bündnis 90/ Die Grünen/FDP. 2021: MEHR FORTSCHRITT WAGEN. BÜNDNIS FÜR FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND NACHHALTIGKEIT KOALITIONSVERTRAG ZWISCHEN SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN UND FDP, S. 93.

auseinanderzusetzen und nach ihren Potentialen zu fragen aber auch Grenzen und Widersprüche in den Blick zu nehmen. Anfänglich interessiert uns eine kurze Einordnung aus Ihrer jeweiligen Perspektive: Wie würden Sie die staatliche Demokratie- und Zivilgesellschaftsförderung in der politischen Landschaft und jüngeren Geschichte Ostdeutschlands verorten?

*Renate Hürtgen:* Ich habe zwei Fragen, die ich gerne in die Diskussion einbringen würde. Ich habe mir das Demokratiefördergesetz nochmal angeguckt, das, wie ihr sagt, zur „Stärkung der Zivilgesellschaft“ beitragen soll und auch, wie es weiter heißt, „zur Stärkung von Initiativen gegen den Extremismus“. Es geht also offensichtlich um eine öffentliche und offizielle Anerkennung bestimmter zivilgesellschaftlicher Gruppen und es geht ums Geld – wer soll das Geld für seine Arbeit bekommen. Dann habe ich gelesen, dass die CDU/CSU „ein schriftliches Bekenntnis der Zuwendungsempfänger zur freiheitlich demokratischen Grundordnung“ gefordert hat. Ob das durchkommt, weiß ich nicht, aber was natürlich klar ist, ist, dass dieses Demokratiefördergesetz die Aufgabe hat, einen ganz bestimmten Typ von zivilgesellschaftlicher Organisation zu fördern. Es geht eben darum, solche Gruppen zu fördern, die der Regierung bei ihrem Kampf gegen Extremismus erfolgreich helfen können.

Von der für mich etwas problematischen Bezeichnung „extremistisch“ abgesehen sind das natürlich in einer parlamentarischen Demokratie wichtige Politikfelder. Mir drängt sich aber doch die Frage auf, wo da die öffentliche und offizielle Stärkung, sagen wir, einer weitgehend staatsunabhängigen, einer staatskritischen Zivilgesellschaft bleibt? Ich würde also den Gedanken in die Debatte einbringen wollen, dass gerade angesichts einer sogenannten herrschenden Partei- und Politikverdrossenheit die gesellschaftliche Wertschätzung von zivilgesellschaftlichen Initiativen gestärkt werden müsste und sollte, von Initiativen, die autonom und selbstorganisiert Themen bearbeiten und die vor allem aktiv als Korrektiv zur offiziellen Politik wirken können.

Ich denke, das sind zwei verschiedene Typen von zivilgesellschaftlichen Gruppen und das sollte man auch auseinanderhalten. Ich würde mit der Behauptung in die Diskussion einsteigen wollen, dass eine politische Handlungsfähigkeit am allerbesten und stärksten über diesen zweiten Typ von Zivilgesellschaft zu erreichen ist, der als Korrektiv autonom neben staatlich geförderten Initiativen besteht. Und zweitens denke ich, dass wir unbedingt auch das Gewordensein dieser aktuellen Situation thematisieren müssen. Ich würde später gerne über so ein Gewordensein von zivilgesellschaftlicher Organisation oder von zivilgesellschaftlichen Initiativen in Ostdeutschland etwas sagen wollen, weil ich denke: Wenn man sich die Ereignisse von 1989/90 genauer anschaut und damit auch den Verlauf der Entwicklung im Osten Deutschlands, dann kann man die aktuelle ostdeutsche Gesellschaft besser begreifen.

*Katrin Reimer-Gordinskaya:* Ich würde da gern anschließen und skizzieren, wie ich einen Teil dieser historischen Entwicklungen von den 1990er Jahren bis in die Gegenwart beschreiben würde. In den 1990er Jahren entstanden in Brandenburg und auch Sachsen-Anhalt die ersten Landesprogramme für Demokratie. Da haben wir im Studium noch genau solche Grundsatzfragen diskutiert: Werden da soziale Bewegungen aufgefordert sich einzugemeinden und nutzbar zu machen für ein Herrschaftsprojekt? Ist das nicht eine Form von Kooptierung?

Zugleich waren die 1990er Jahre eine Zeit, die ich durchaus als einen rechtspopulistischen Neoliberalismus qualifizieren würde: Die 1980er Jahre der sogenannten „geistig-moralischen Wende“ in Westdeutschland und die 1990er Jahre in Gesamtdeutschland, die aktuell unter dem Stichwort „Baseballschlägerjahre“ diskutiert werden, das war ein entfesselter Nationalismus und Rassismus, der

sich durchgezogen hat und einher ging mit einer systematisch angesagten Zerstörung des Sozialstaats. In Westdeutschland waren das ab 1982 Angriffe auf die Gewerkschaften, Politiken der Deregulierung, Flexibilisierung und so weiter. Mit der Umwälzung der DDR-Ökonomie in einer Art „Schockstrategie“ wurde der rechtspopulistische Neoliberalismus in einer verschärften Form in Ostdeutschland Realität. Die Kohl-Regierung reagierte auf die dadurch entstandenen Verwerfungen auf eine Art, die für den Staat funktional war: Sie setzte das *Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG)*<sup>2</sup> auf, mit dem diese Phänomene entpolitisiert wurden. Das betrifft sowohl den strukturellen Rassismus und strukturelle Ursachen für den Zuwachs der extremen Rechten als auch den Kontext des neoliberalen Kapitalismus.

Vor diesem Hintergrund war die Initiierung der Bundesprogramme *Civitas*, *Entimon* und *Xenos* 1998/ 2000/ 2001 in meiner Wahrnehmung sehr wohl ein Fortschritt. Roland Roth hat damals den Begriff der zivilgesellschaftlichen Ausrichtung dieser Programme umschrieben. Dabei war deutungs offen, was „zivilgesellschaftlich“ bedeutet. Das hatte eine normative Komponente, war aber auch etwa offen für ein gramscianisches Verständnis von Zivilgesellschaft.

In meiner Dissertation meine ich dann gezeigt zu haben, dass sich die Bundesprogramme und das geförderte Praxisfeld einem progressiven Neoliberalismus, zu dem sich Rot-Grün formierte, angeschmiegt haben und für dessen hegemoniale Verallgemeinerung funktional wurden. 1998/ 2000 hatte man noch andere Hoffnungen, ich zumindest. Thesenförmig zugespitzt: In den Diskussionen der 1990er Jahre waren vor allem mit Heitmeyer noch Reste eines sozialkritischen Bewusstseins vorhanden, in dem Deregulierung und Erwerbslosigkeit als Aspekte von Klassenverhältnissen als *ein* relevantes Bedingungsgefüge rechter Mobilisierungen vorkam. Ideologietheoretisch waren diese Ansätze aber blind.

Das hat sich quasi umgekehrt: Seit den 2000er Jahren werden Rassismus, Antisemitismus etc. ideologiekritisch mehr oder weniger gut in den Blick genommen. Das geschieht aber meist so, als ob sich diese Dynamiken in einem sozialen Raum ohne Transformationen der kapitalistischen Produktionsweise und der Klassenverhältnisse entfalteteten. Dabei zählen zu den in diesem Zuge Prekarisierten ja gerade auch die Professionellen, die aus diesen Programmen finanziert werden. Wenn das Demokratieggesetz zu einer Ent-Prekarisierung für manche der etablierten Projekte führt, wäre das eine Errungenschaft.

*Carsta Langner*: Ich hatte über das Demokratiefördergesetz des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nachgelesen, dass 200 Dachverbände, Fachorganisationen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler daran mitarbeiten. Ziel des Gesetzes ist es, wichtige Projekte im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention verlässlich und bedarfsorientiert zu fördern. Als Historikerin sehe ich da eindeutig Analogien zu anderen Formierungsprozessen von Bereichen der sogenannten Zivilgesellschaft, die wir in den letzten 100 Jahren erlebt haben. Bei den Wohlfahrtsverbänden war dies beispielsweise ein sehr ähnlicher Prozess: Aus einer Vielzahl von Initiativen, Vereinigungen, Assoziationen – vor allem im Bereich der sogenannten Armenfürsorge – wurden in der Weimarer Republik staatlich initiierte Dachverbände gegründet. In diese hatten sich dann die anderen vormals freien Organisationen einzugliedern, wenn

---

<sup>2</sup> Eines der ersten staatlichen Förderprogramme zum Aufbau von Jugendhilfestrukturen in den sogenannten „neuen Bundesländern“ und auch gegen den als „Aggression und Gewalt“ entnannten und als „Jugendproblem“ wahrgenommenen Rechtsextremismus.

sie an materiellen Zuwendungen Teil haben wollten. Damit ergaben sich, das haben Sie Frau Hürtgen und Frau Reimer schon angesprochen, spezifische Effekte: Die materiellen staatlichen Leistungen waren an staatliche Kontrolle gekoppelt. Gleichzeitig wurde durch die Träger der Angebote die politische Agenda aber auch mitformuliert.

Ich mache die Analogie zu den Wohlfahrtsverbänden, um zu zeigen, dass wir uns eigentlich in nichts Neuem bewegen. Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege haben in den letzten Jahrzehnten an den Gesetzgebungsprozessen im Bereich der Sozialpolitik mitgewirkt; sie haben praktisch das mitformuliert, worin sie dann auch selbst gefördert wurden. Da kann man fragen: Wer ist hier Staat und wer ist „Zivilgesellschaft“? Beispielhaft zeigt sich anhand von Personalunionen, dass ein und die gleiche Person Mitglied einer Partei, eines Wohlfahrtsverbandes (oder einer anderen zivilgesellschaftlichen Organisation) ist und dann vielleicht auch noch Protest mittels Demonstrationen ausübt.

Wenn man analytisch in den historischen Prozess der letzten dreißig Jahre hineingeht, dann war eines der ersten Bundesprogramme das *Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt* 1992 – 1996 (AgAG), mit dem lokale Projekte in Ostdeutschland gefördert worden sind. Inhaltlich war das Programm hoch umstritten; es wurden lokale Projekte gefördert, die Rechtsextremismus präventiv vorbeugen und demokratisches Handeln fördern sollten. Für das historische Verständnis ist es wichtig, dass die Förderung in Ostdeutschland in einer Umbruchszeit stattfand, in der unter anderem Jugendclubs massenhaft geschlossen wurden. Das heißt, der Staat sprang ein, um Strukturen der Jugendhilfe irgendwie noch mit am Leben zu halten. In Rostock gab es bis 1989 beispielsweise 96 Jugendclubs und durch diese Finanzierung des AgAG-Programms konnten noch 17 erhalten werden.

Gleichzeitig fanden auch in Westdeutschland Kürzungen in der sogenannten regelfinanzierten Jugendhilfe statt. Wir sehen einen Umbruch des sogenannten Sozialstaats im deutsch-deutschen Vergleich bis 1989, der anschließend – in den 1990er-Jahren – nochmal an Dynamik gewann. Die Bundesprogramme, von denen das AgAG nur eines war, sprangen ein, um projektbezogenen Strukturen am Laufen zu halten. Diese projektförmige staatliche Förderung wurde in den letzten dreißig Jahren sukzessive ausgebaut. Das AgAG-Programm hatte zunächst noch 40 Millionen Mark, und ab 2021 standen für das Bundesprogramm *Demokratie leben!* knapp 150 Millionen Euro zur Verfügung, also in dem Bereich ein sukzessives Anwachsen bei gleichzeitiger Reduzierung der Regelfinanzierung der Jugendhilfe.

So wurde eine Vereinslandschaft aufgebaut, deren Gründung mittels finanzieller Mittel staatlich angereizt war und gesellschaftlich auf bereits existierendes Ehrenamt aufbaute. Ein bekanntes Beispiel sind die spezialisierten Opferberatungen, die aus einem unbezahlten Engagement Anfang der 1990er in Ostdeutschland hervorgingen und denen mittels staatlicher Förderung die Professionalisierung gelang. Man sieht also ein Wechselspiel zwischen intrinsisch motiviertem Engagement, politischem Druck, in diesen Bereichen staatlich aktiv zu werden, und der Forderung nach staatlicher Förderung, um wiederum neue Initiativen ins Leben zu rufen.

All das bewegte sich in einer Zeit des Umbaus des Sozialstaates. Im Bereich Jugendhilfe, aber auch in anderen Bereichen wie Schule, die ja auch demokratiefördernd wirken, wurde massiv eingespart. Die 1990er Jahre waren geprägt vom demografischen Wandel und daher auch mit einer Welle an Schulschließungen verbunden. Aus einer eher kurzen historischen Perspektive, die etwa die letzten 30 Jahre umfasst, wäre noch wichtig zu betonen, wie breit die sogenannte Zivilgesellschaft im Osten

Deutschlands eigentlich ist. Dem Narrativ der fehlenden Zivilgesellschaft, die auch mit der vermeintlich „stillgelegten“ Gesellschaft der DDR erklärt wird, muss entgegengehalten werden, dass wir oftmals auf die klassischen Organisationen Gewerkschaften, Kirche oder eben Parteien schauen. Da geraten eher unkonventionelle Formen der Selbstorganisation, die ja auch Auslöser für das „Umbruchsjahr 1989“ waren, aus dem Blick.

Wenn wir uns beispielsweise Straßenprotest auch als Form nichtstaatlichen Handelns und damit als Teil von Zivilgesellschaft anschauen, dann ist das im Osten Deutschlands bis 2012 sogar vielfach höher als im Westen Deutschlands. Aber auch migrantisch geprägte Vereine, Beiräte und Initiativen sind Teil eines ostdeutschen Umbruchs. Wenn man sich anschaut, wie viele Vereine in den 1990er-Jahre auch von Migrant\*innen gegründet wurden, oder auf die Geschichte der jüdischen Kontingentflüchtlinge blickt, die 1990 maßgeblich durch ostdeutsche Akteure und Vereine initiiert worden ist, dann scheint mir die Rede von der fehlenden ostdeutschen Zivilgesellschaft ein bisschen schief.

*David Begrich:* Ich glaube, der Mechanismus der Beratung und Unterstützung von Zivilgesellschaft im ländlich und kleinstädtisch geprägten Raum in Ostdeutschland ist der einer „katalytischen Präsenz“. Wir haben es eben – anders als in den Metropolen Westdeutschlands und auch den relativen Metropolen Ostdeutschlands – mit einer Situation zu tun, in der das demokratische Engagement und die zivilgesellschaftliche Sichtbarkeit unter einem permanenten öffentlichen Druck stehen. Dieser wird erzeugt durch die AfD, aber noch viel stärker durch ihr politisches Vorfeld. Das sorgt dafür, dass der Sichtbarkeit, der Handlungsfähigkeit und auch der Kontroversitätsfähigkeit der dortigen Zivilgesellschaft Grenzen gesetzt sind.

Ich erwarte da in den kommenden Jahren auch eine Entwicklung, die den Handlungsspielraum noch stärker einschränken wird, da bin ich mir relativ sicher. Man muss sich einfach klarmachen, dass die AfD beziehungsweise ihr politisches Vorfeld sehr strategisch daran arbeitet, eine kritische Zivilgesellschaft sukzessive zum Verstummen zu bringen. Die Herausforderung ist ja nicht nur politisch, sie besteht auch in dem Umstand, den wir seit den 1990er Jahren kennen: Wir haben in den Regionen oder in den Orten einen Nukleus, der sich demokratisch engagiert und dafür etwa ein Zeitfenster von drei bis fünf Jahren hat. Danach wandern die Personen ab. Und das tun sie, weil sie entweder dem atmosphärischen gesellschaftlichen Druck vor Ort nicht mehr gewachsen sind oder weil sie den Eindruck haben, dass ihre sonstigen Lebensumstände so sind, dass sie in den Metropolen besser aufgehoben sind. Die Sogwirkung von Städten wie Hamburg, Berlin, aber auch Leipzig und Jena hat eine negative Auswirkung auf die Bereitschaft und Handlungsfähigkeit in den ländlichen, kleinstädtischen Räumen.

Das korrespondiert in gewisser Weise mit den strategischen Handlungsoptionen der sogenannten „neuen Rechten“. Angefangen vom Konzept der „nationalbefreiten Zonen“ bis hin zu den durch Abwanderung und demografischen Wandel „entleerten“ Räumen, in die sie mit Siedlungsprojekten oder Kulturangeboten gezielt drängen, sind sie durchaus in der Lage zu begreifen, wo ihre Handlungsspielräume liegen und erweitert werden können. Das heißt im Umkehrschluss nicht, dass es einen Automatismus gibt, dass die in Rede stehenden Akteure immer stärker werden. Aber es gibt einen Deutungskampf über die Frage, wer diese leeren Räume besetzt und wer in bestimmten Regionen in gewisser Weise eine Hegemonie ausübt. Diese Debatte führen wir seit mindestens 20 Jahren immer wieder und sie ist dadurch gekennzeichnet, dass aus den vorhergehenden Debattenverläufen keinerlei Erkenntnisse transformiert oder auf die fortfolgenden Debatten

übertragen werden können.

Es ginge darum, die zivilgesellschaftlichen Akteurskerne in den ländlichen und kleinstädtischen Regionen so zu stabilisieren, zu beraten und zu unterstützen, dass sie in der Lage sind, einen bestimmten Zeitraum lang zu gestalten und einen Aktivitätsmechanismus auszustrahlen, der diesen leeren Räumen und den rechten Hegemonieversuchen entgegensteht. Das steht und fällt aber nach meiner Beobachtung einerseits mit den materiell-infrastrukturellen Voraussetzungen, also dem Gegebensein von Jugendeinrichtungen, soziokulturellen Zentren und Ähnlichem. Es steht und fällt auch ganz entscheidend mit Schlüsselmultiplikatorinnen und Schlüsselmultiplikatoren, die als handelnde Akteure tatsächlich für eine Kontinuität in einer Stadt oder in einer Region stehen. Meine Beobachtung ist: Wenn diese Schlüsselmultiplikatoren wegfallen, dann haben wir ganz oft auch das Phänomen, dass die lokale und regionale Interventionsfähigkeit in sich zusammenbricht.

*Roland Roth:* Die von David Begrich angedeuteten Negativprognosen teile ich. Ich glaube auch, dass uns noch große Auseinandersetzungen mit autoritären Entwicklungstendenzen bevorstehen. Wir sind deshalb gut beraten, zu einem realistischen Zivilgesellschaftsbegriff vorzustoßen, der es uns ermöglicht, diese Tendenzen wahrzunehmen und angemessen zu interpretieren. Mein Eindruck ist, dass wir viel lernen können von Jeffrey C. Alexanders Konzept von Zivilgesellschaft („civil sphere“) und den zahlreichen empirischen Analysen, die er und seine Mitarbeiter\*innen auf dieser Grundlage in den letzten Jahren beigesteuert haben. Es handelt sich nicht zuletzt um die Absage an eine Vorstellung von Zivilgesellschaft, die bei uns oft heiliggesprochen wird.

Alexander betont, dass Zivilgesellschaft ein Kampffeld ist und erinnert damit an Gramsci. Eine Zuspitzung hat mich in diesem Kontext sehr beeindruckt. In der Auseinandersetzung mit Anschlägen auf die Unterkünfte von Geflüchteten und rassistischen Mobilisierungen ist von einer „Selbstvergiftung der Zivilgesellschaft“ die Rede, d.h. die Grundnormen von Zivilgesellschaft können durchaus von zivilgesellschaftlichen Akteuren selbst zerstört werden. Es gibt somit nicht nur die Fähigkeit zur demokratischen Selbstkorrektur, die durch die Bekräftigung ziviler Normen des Umgangs in der Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat und der Wirtschaft zum Ausdruck gebracht wird.

Auch wenn die Fähigkeit zivilgesellschaftlicher Akteure zur demokratischen Selbstkorrektur beachtlich und unverzichtbar ist, leidet die deutsche Zivilgesellschaftsdebatte an einer allzu positiven normativen Überhöhung, die reale Ambivalenzen und Widersprüche unsichtbar zu machen droht. Das Interesse an dieser Praxis ist vielfältig. Demokratiepoltik wird von staatlicher Seite gerne – wie die aktuelle Debatte um ein Demokratiefördergesetz zeigt – an die Zivilgesellschaft ausgelagert. So kann der Reformbedarf in den eigenen staatlichen Strukturen kleingeredet und vergessen werden. Gleichzeitig entsteht damit eine Förderkulisse, die „zivilgesellschaftlich“ zum Subventionstatbestand werden lässt.

Selbstverständlich bin ich für eine verlässliche und ausreichende öffentliche Förderung zivilgesellschaftlicher Infrastrukturen, die sich mit den „dunklen Seiten“ der Zivilgesellschaft und ihren Akteuren auseinandersetzen. Aber dies genügt nicht. Einmal stellt sich die Frage, ob damit wirklich jene widerständigen, oft jungen und bunten Initiativen unterstützt werden, die es auch in vielen ostdeutschen Kommunen gibt und die dort die lokale politische Kultur zumindest für eine Weile mitprägen können. Zum anderen ist vor überzogenen Erwartungen an die Reichweite zivilgesellschaftlicher Akteure zu warnen. Ob es wirklich eine Chance gibt, die Folgen ökonomischer Globalisierungsprozesse und die damit verbundene Entleerung und Abwertung ländlicher Räume mit dem zu bearbeiten, was wir zivilgesellschaftlich so treiben, das weiß ich nicht. Vermutlich wären ganz

andere Handlungsansätze nötig, um den Bereich der materiellen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass dort Hoffnung aufkommt.

Die Analysen zum Aufstieg des Front National in Frankreich oder des Trumpismus in den USA scheinen eindeutig. Immer spielen abgehängte Regionen der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle für die Karriere rechtsextremer und rechtspopulistischer Kräfte. Sie versprechen ökonomische, politische und soziale Aufwertung für die „abgehängten“ Regionen („MAGA“). Diese Erfahrungen gilt es zu beherzigen, wenn wir in der Debatte über die Zukunft der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland nicht in den Verdacht geraten wollen, auf einer Glatze Locken zu drehen.

*Katrin Reimer-Gordinskaya:* Ich stimme überein, dass es wirklich eine Gradwanderung ist. Ich möchte mir nicht ausdenken, was passiert wäre, hätte sich der rechte Flügel der CDU in Sachsen-Anhalt durchgesetzt und ein Bündnis mit der AfD geschlossen. Die politischen Machtverhältnisse können schnell kippen. Insofern ist alles, was seit Anfang der 2000er Jahre erreicht wurde an mobiler Beratung, an Opferberatung, an Antidiskriminierungsstrukturen, als absolut notwendig und unhintergebar zu verteidigen. Daran wirke ich mit. Es ist mir aber in Form und Inhalt nicht genug.

Es ist schwer beides zu trennen, aber, Roland Roth, in der Form finde ich die Anrufung und finanzielle Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und des Ehrenamts doch problematisch. Wir thematisieren im Studium, in der Praxisberatung und auch im Beirat des Landesprogrammes etwa, was Tine Haubner und Silke van Dyk in ihrem Buch *Community-Kapitalismus* (2021) beschrieben haben: Dass unbezahlte Arbeit instrumentalisiert und ausgenutzt wird und dass Deregulierung und Prekarisierung auch genau diese Handlungsfelder betreffen, die von den Demokratiprogrammen gefördert werden. Die Erwerbsarbeitsverhältnisse in der politischen Bildung sind prekarisiert und es ist eine projekt- und wettbewerbsförmige Struktur, ein Quasi-Markt, durchgesetzt worden. Institutionen und Vereine sind permanent zueinander in Konkurrenz gesetzt.

Inhaltlich finde ich, wir sollten versuchen, in diesen Strukturen wie *Partnerschaften für Demokratie*“ oder Bündnissen wie *Herz statt Hetze* doch immer mal wieder danach fragen, wer überhaupt die Ressourcen hat, sich da zu engagieren? Das ist mittelschichtszentriert. Dadurch entsteht ein bestimmter politischer Korridor, in dem Fragen nach Klassenverhältnissen kaum gestellt werden. Das ist jetzt sehr plakativ. Aber in die beiden Richtungen zugleich müssten meines Erachtens Handlungsspielräume ausgeweitet werden.

*Renate Hürtgen:* Alles, was hier zu den 1990er Jahren gesagt wurde, namentlich über die starke Rechtsentwicklung in Ostdeutschland, entspricht auch meinen Erfahrungen. Die Deindustrialisierung des Ostens und die rasche Durchsetzung des Neoliberalismus sind sicher als die entscheidenden Grundlagen für das Aufleben rechter Gruppen nach 1989 anzusehen, die Anfang der 1990er Jahre in einigen Orten quasi die kulturelle Herrschaft übernommen hatten. Aber aus meiner Sicht muss, was unser Thema betrifft, auch auf die Voraussetzungen für diese Entwicklung eingegangen werden und gefragt werden: Was war das überhaupt für eine Gesellschaft, diese DDR? Wie sah die Zivilgesellschaft der DDR 1989/ 90 aus?

Ende der 1980er Jahre war die DDR eine moderne Industriegesellschaft mit hochqualifizierten Beschäftigten. Es gab so gut wie keine in irgendeiner Weise relevante bürgerliche Mitte und es gab nur in Ansätzen ein alternatives Milieu. Diese alternativen, staatsunabhängigen Gruppen hatten keine Räume und keine Möglichkeiten, sich zu versammeln, konnten keine Strukturen einer

„Gegenöffentlichkeit“ entwickeln. Das aber, da sind wir uns sicher einig, sind die Voraussetzungen, damit sich eine Zivilgesellschaft entwickeln kann.

Es gab ein paar kleine Ansätze, im Privaten, vor allem im halböffentlichen Raum der Kirche, und diese Akteure haben dann auch 1989 in der Herbst-Revolution eine wichtige Rolle gespielt. Sie waren die entscheidenden Initiatoren für eine im Herbst 1989 entstehende Zivilgesellschaft, die wir damals nicht Zivilgesellschaft, sondern eine „Bewegung von unten“ genannt haben. Es gründeten sich unglaublich viele Initiativen und Gruppen zum Schutz der Umwelt, zum Schutz der Mieter, Runde Tische, Kommissionen zur Erhaltung der Städte, Häuser und Kultureinrichtungen.

Rückblickend würde ich diese republikweiten Initiativen, die ihrem Charakter nach Selbstermächtigungen waren und die sich gegen die bisherigen staatlichen oder Parteistrukturen richteten („Wir können das besser als ihr!“), als geradezu klassischen Vorgang der Entstehung einer Zivilgesellschaft beschreiben. Was ist daraus geworden? Irgendwann war dieser Aufbruch vorbei, Gruppen lösten sich auf, die Mitglieder der Runden Tische ließen sich zu Wahlen aufstellen, der Übertragung von zivilgesellschaftlichen Strukturen des Westens dominierte.

Letzteres lässt sich besonders eindrucksvoll am Beispiel betrieblicher und gewerkschaftlicher Entwicklungen zeigen. Den geschilderten zivilgesellschaftlichen Aufbruch gab es nämlich auch in den Betrieben der DDR, auch da wurden im Herbst 1989 solche Gruppen gegründet, kleine Gruppen, die versuchten, basisdemokratische Strukturen zu etablieren. Auch Runde Tische gab es, autonome Basisinitiativen für gewerkschaftliches Handeln. Dieser betriebliche Aufbruch im Herbst 1989, an dem noch einmal so viele Menschen beteiligt waren wie außerhalb der Betriebe, blieb eine weitgehend unbekannte Seite der „Wende“. Dieser Prozess war ebenfalls schnell beendet und schon im Januar/Februar 1990 von einem anderen Prozess überlagert: Es kamen die Funktionäre der DGB-Gewerkschaften und die zivilgesellschaftlichen Kräfte aus dem Westen und haben mit großer Geschwindigkeit ihr eigenes Organisationsverständnis in den ostdeutschen Ländern aufgebaut.

Das ist nicht gegen den Willen der Ostbeteiligten geschehen, ich halte nichts von einer Kolonialisierungsthese. Aber es war ein ganz deutlicher Vorgang der Übertragung vorhandener traditioneller, gewerkschaftlicher oder anderer Strukturen auf den Osten. Man stelle sich das mal vor: Mitte Juni 1990 sind schon Betriebsratswahlen durchgeführt worden, also nach westlichem Muster in den Betrieben der DDR, und ein dreiviertel Jahr später waren sämtliche Gewerkschaften Ost zu West-Gewerkschaften mutiert.

Die Vorgänge liefen in den verschiedenen Gewerkschaften unterschiedlich ab, aber das Ergebnis war dasselbe. Ein eigenständiger Lernprozess ist nach wenigen Wochen abgebrochen worden. Die Beschäftigten, die versucht hatten, eigene Strukturen dem FDGB [*Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, Anm. d. Moderation*] entgegenzusetzen, waren jetzt nur noch damit beschäftigt, die neuen Arbeitsbeziehungen in Westdeutschland zu verstehen und im eigenen Betrieb zu etablieren. Auch das war ein Lernprozess, aber kein selbstbestimmter, mit eigenen Ideen und Praktiken.

Die Ideen und Initiativen im Herbst 1989 sind von den Westfunktionären weitgehend ignoriert worden, die ja ohnehin ihre Gewerkschaften für die besten aller Zeiten hielten und halten. Eine solche Ignoranz des Westens gegenüber den Vorgängen in Ostbetrieben hat sich dann noch einmal abgespielt, als es zwischen 1990 und 1993/ 94 im Osten eine Streik- und Protestwelle noch nie erlebten Ausmaßes gab. Praktisch zeitgleich zu der rasanten Rechtsentwicklung gab es jährlich bis zu 200 Proteste, „wilde“

Streiks, Betriebsbesetzungen, Straßenbesetzungen, kleine und große Demonstrationen, die sich alle gegen die Treuhandpolitik und die Politik des „Privatisieren vor Sanieren“ der DDR-Betriebe richteten.

Einige territoriale Gewerkschaftsvorstände haben diese Aktionen unterstützt, ihrem Charakter nach waren das aber vor allem oft spontane zivilgesellschaftliche Selbstermächtigungen, die leider wie schon die vom Herbst 1989 von den meisten im Westen in ihrer Bedeutung nicht erkannt wurden. Der Niedergang dieser Bewegung kam mit dem Niedergang der Belegschaften der Industrien. 1993 existierte nur noch ein Drittel der Industriearbeitsplätze, die Gewerkschaften verloren in dieser Zeit die Hälfte ihrer vier Millionen Neuzugänge. Einer derartig raschen Deindustrialisierung hatten die DGB-Gewerkschaften nichts entgegen zu setzen, ihnen fehlten schlicht die passenden „Instrumente“.

Mein Plädoyer: Wenn wir heute über die immer stärker werdende Rechtsentwicklung in Ostdeutschland reden, dürfen die kurzen Zeiten einer emanzipatorischen Bewegung von unten, einer zivilgesellschaftlichen Widerstandsbewegung gegen herrschende Strukturen und Politiken nicht aus der Erinnerung verschwinden. Angesichts ihrer Niederlagen werden sie von den Beteiligten gern verschwiegen und der herrschende Mainstream hat ohnehin kein Interesse an solchen Widerständen. Und auch in unserem Gedächtnis bleiben vor allem die rechten Horden, die Linke „abklatschten“ und Flüchtlingsheime ansteckten.

Ich finde es jedoch sehr wichtig, darauf hinzuweisen, dass es in Ostdeutschland 1989 bis Anfang der 1990er Jahre, nach über 40 Jahren auch einen emanzipatorischen zivilgesellschaftlichen Neubeginn gegeben hat. Und noch eine Frage: Ist die Entwicklung in ländlichen Räumen nur im Osten so extrem, wie ihr schildert? Würde nicht ein Vergleich mit bestimmten Gegenden im Westen ähnliche Prozesse zeigen?

*Clara Schliessler:* Hier würde ich gerne anknüpfen. Herr Roth, Sie hatten ja schon 2004 den Begriff der „dunklen Seite der Zivilgesellschaft“ geprägt. Das ist nun fast 20 Jahre her und wenn man auf die Entwicklungen schaut, die einige hier in der Runde angesprochen haben, scheint das in Ostdeutschland nochmal aktueller geworden zu sein. Sehen Sie Unterschiede zu der Zeit Ihrer ersten Formulierung dieser „dunklen Seite“ Anfang der 2000er? Und können Sie die Entwicklungen in Verbindung bringen mit den schon angesprochenen Widersprüchen und Begrenzungen der ostdeutschen Zivilgesellschaft und auch der spezifischen Form ihrer Förderung ab Ende der 1990er Jahre?

*Roland Roth:* Es überlagern sich offensichtlich sehr unterschiedliche Prozesse. Renate Hürtgen hat zum einen auf die Prägung der 1990er Jahre hingewiesen. Es gab eine professionelle Übernahme von bestimmten sozialen Diensten und Einrichtungen, die im Westen einst zivilgesellschaftlich erobert worden waren, ohne in den neuen Bundesländern ein entsprechendes zivilgesellschaftliches Unterfutter zu haben. Für mich war es zum Beispiel eine eindrucksvolle Erfahrung, dass Frauenhäuser eingerichtet wurden, wo die Beschäftigten nicht wussten, dass es einmal eine soziale Bewegung gab, die dies ermöglicht hat. Ich habe ein paar Jahre im Vorstand des Paritätischen in Sachsen-Anhalt mitgearbeitet, der sehr viel „moderner“ war als die westlichen Partner. Es entstand keine Mitgliedsorganisation im klassischen Sinne, sondern vielmehr ein managementorientierter Dienstleister. Es fehlte ein Element von Zivilgesellschaft, das bis heute noch in den Ortsvereinen der AWO oder in den lokalen Parteien im Westen spürbar ist.

Wenn wir die einfachen lokalen Parteigliederungen als Teil der organisierten Zivilgesellschaft begreifen, dann ist der Osten mit seinen wenigen Parteimitgliedern sehr viel „moderner“ – allerdings

um den Preis, dass sich die Funktionseleiten auf dünnem Eis bewegen und die Einbindung in die Bevölkerung schwach ist. Die gesamte Ost-SPD ist eine Kleingruppe verglichen mit einigen Städten des Ruhrgebiets. Das heißt, wir haben mit Blick auf die gesellschaftliche Verankerung zwei unterschiedliche politische Räume mit einer ganz anderen Zivilgesellschaft.

Der zweite Aspekt bezieht sich auf die normativen Grundlagen. Zivilgesellschaft wird ja immer zusammengedacht mit Gewaltfreiheit, einer gewissen Verständigungsorientierung bei Konflikten, mit Toleranz und Zivilität, also dem Modus Leben-und-Leben-lassen. Im Vereinigungsprozess und danach wurden Zivilität und Gewaltfreiheit nicht in der gleichen Weise transportiert bzw. zum Kern zivilgesellschaftlicher Infrastruktur. Dies kann man meines Erachtens sehr gut an den Protestbewegungen der letzten Jahrzehnte nachvollziehen. Die Daten, die wir dazu im Ost-West-Vergleich haben, sind sehr eindeutig: Im Westen waren und sind die Neuen Sozialen Bewegungen, die in der Form zwar auch eine gewisse Militanz zeigen, aber gleichzeitig auf Toleranz in den Auseinandersetzungen gepolt sind, sehr viel stärker. Wir hatten auch im Westen rechtsradikale Bewegungen aller Art, aber das Verhältnis war, sagen wir mal, in den 1990ern zwei zu eins zu Gunsten der progressiven Bewegungen.

Im Osten war es damals schon so, dass das Verhältnis pari pari oder zu Gunsten von rechtsextremen Akteuren ausgefallen ist. Das heißt, es gab sehr viel weniger Widerstand gegen Mobilisierung von rechts und das hat sich meines Erachtens in den letzten zehn Jahren noch einmal verhärtet. Ostdeutschland ist proportional sehr viel stärker an antiliberalen, antisozialen, autoritären Mobilisierungen beteiligt als der Westen.

Am deutlichsten kann man das an den Organisationserfolgen der AfD sehen. Dies gilt nicht nur für die Wahlerfolge, sondern die AfD hat in Ostdeutschland auch ein spektakuläres Mitgliederwachstum hingelegt. Und dies sehr viel stärker als Bündnis 90/ Die Grünen. Dagegen haben etablierte Parteien wie SPD und CDU im letzten Jahrzehnt noch einmal an Mitgliedern verloren. Wir haben somit heute eine Ausgangssituation, in der rechte oder zumindest rechtsaffine autoritäre Bewegungssegmente und eine Partei entstanden sind, die diese Strukturen adressieren und sich gleichzeitig als „normal“ zu präsentieren verstehen.

Ich würde David Begrich zustimmen, dass sich da ein Feld konsolidiert hat, das uns politisch noch sehr beschäftigen wird, weil es, anders als ein Großteil der Parteien sonst, gut verankert ist in der Zivilgesellschaft, in den Alltag eingesickert ist und als „normal“ erlebt wird. Das ist meine Befürchtung. Aber es gibt auch die progressiven Gruppen und all die Initiativen, von denen wir schwärmen und die ich mit glänzenden Augen beschreiben könnte. Aber im Unterschied zum Westen hat es diese Konsolidierung einer rechtsextremen oder rechten autoritären Szene gegeben, die sehr viel stärker ist, als es im Westen der Fall ist.

*Renate Hürtgen:* Ich habe nur einen kurzen Einwurf, Roland. Es ist so, dass ihr, ob das Bewegungsforscher oder Gewerkschaftler waren, immer davon ausgegangen seid, dass diese, eure im Westen entstandenen Strukturen die Richtigen sind, nicht kritikwürdig, nicht verbesserungswürdig, nicht in Frage zu stellen. Sie sind das Maß gewesen, an dem sich der Osten zu orientieren hatte. Ich finde, es wäre angesagt gewesen, bei der Übertragung der Strukturen kurz mal inne zu halten und zu fragen, ob das jetzt eigentlich eins zu eins richtig und passend für die Situation ist und ob man nicht mal etwas selbstkritischer an die eigene Entwicklung gehen müsste.

*Roland Roth:* Renate, da muss ich heftig widersprechen. Ich gehörte – wie viele Mitstreiter\*innen – zu den glühenden Verehrern der Runden Tische und des Verfassungsentwurfs, der damals diskutiert wurde. Wir haben begeistert und hoffnungsvoll auf die Elemente gesetzt, die frischen Wind in das parlamentarische Gefüge bringen sollten. Wir haben darauf gehofft, dass es mehr oppositionellen Eigensinn und eine größere gesellschaftliche Resonanz der Bürgerbewegungen geben werde. Die Marginalisierung dieser Oppositionsgruppen, die du für den Gewerkschaftsbereich beschrieben hast, lässt sich auch für den Sozialbereich oder für die Kommunalpolitik nachzeichnen. Noch immer verspüre ich Trauer, dass es nicht gelungen ist, mit einer anderen Zeitstruktur das Erbe der Bewegungen in Ostdeutschland im neuen Deutschland aufzugreifen und wirksam werden zu lassen – auch in Form einer eigenen Verfassung. Wir haben uns Anfang der 1990er Jahre massiv dafür eingesetzt, dass es einen neuen Verfassungsentwurf für eine neue Republik gibt, in der das, was aus dem Osten eingebracht wird, einen größeren Stellenwert bekommt.

*Carsta Langner:* Sie argumentieren jetzt als Zeitzeug\*innen. Aber es wird auch in den Quellen deutlich, dass beispielsweise die Akteure um den Paritätischen Wohlfahrtsverband, mit dem ich mich für das Jahr 1990 sehr intensiv beschäftigt habe, schon in der Zeit ihre Skepsis bekunden. Sie wollten ja eigentlich gar nicht agieren, aber dann befanden sich ost- und westdeutsche Akteure in einem Dilemma: Die rechtlichen Rahmenbedingungen wurden so schnell angepasst und waren eingebunden in einen Europäisierungsprozess. Daher standen in Ost- und Westdeutschland auch die zivilgesellschaftlichen Akteure eigentlich schon 1990 unter Handlungsdruck, die bundesrepublikanischen Strukturen übertragen zu müssen, weil die ostdeutschen Akteure ansonsten keine Expertise innerhalb der neuen Gesetze und Rahmenbedingungen besaßen.

Ich wollte gerne auch noch einen spontanen Gedanken zur „dunklen Seite der Zivilgesellschaft“ entwickeln. Ich frage mich, ob wir nicht manchmal aus dem Blick verlieren, dass rechte Positionen, wenn wir sie wirklich mal auf den Ideologieinhalt abklopfen, in den Jahrzehnten nach 1945 viel stärker in den gängigen zivilgesellschaftlichen Organisationen, seien es Parteien oder Gewerkschaften, integriert waren. Ich denke jetzt exemplarisch an ein Phänomen wie Thilo Sarrazin, der viele Jahre in der SPD seine „innerdunkle Seite“ als Mitglied dort offenbaren konnte.

Sehen wir in dem zunehmenden Auseinanderdriften der Positionen nicht auch eine Reaktion darauf, dass es ein stärkeres Bewusstsein für antiliberalen Ideologien und Haltungen in den gängigen zivilgesellschaftlichen Organisationen gab und noch immer gibt? Dass sich die Linkspartei zum Beispiel daran zerfleischt, welche Bedeutung Rassismus hat, ist vielleicht auch ein Ausdruck eines stärkeren Bewusstseins für Diskriminierung in diesen gängigen zivilgesellschaftlichen Großorganisationen. Das kann man jetzt politisch bewerten, wie mal will, je nachdem welchen normativen Hintergrund man selbst besitzt. Aber das muss man ja eigentlich auch mitdenken; diesen positiven Prozess der Externalisierung der sogenannten „dunklen Elemente“ der „hellen Zivilgesellschaft“. Da sollte man sich eigentlich historisch nochmal genau anschauen, ob eine parteipolitische Radikalisierung wie die AfD nicht vielleicht auch ein Externalisierungsphänomen darstellt, deren inhaltliche Positionen vor ihrem Entstehen in anderen Parteien integriert waren.

*David Begrich:* Ich denke, der Begriff der Normalisierung ist ein Schlüsselbegriff zum Verständnis der seit 2015 entstandenen Situation. Man muss sich vor Augen führen, dass extrem rechte, gewaltvolle Jugend- und Alltagskultur in Ostdeutschland nach der Wende hegemoniefähig war. Die rechten Deutungen und Praktiken teilen die entsprechenden Generationen weiterhin, seit 2015 hat sich ihr

Ausdruck aber zivilgesellschaftlichen Formen angenähert. Vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, warum Kerne von Akteuren, aber auch Inhalte der extremen Rechten in der Alltagskultur in Sachsen, teilweise auch in Sachsen-Anhalt, so verankert und deutungsmächtig sind. Wir haben es ja mit Akteuren zu tun, die sowohl eine primäre als auch eine sekundäre politische Sozialisation im Umfeld dieser rechtsextremen Jugendkultur in den 1990er Jahren und vor allen Dingen deren gewaltförmige Durchsetzungsfähigkeit auch erlebt haben. Phänomene, wie wir sie jetzt in den letzten Monaten gesehen haben – die Corona-Proteste in Sachsen oder auch Formationen wie die *Freien Sachsen* als Netzwerk von unterschiedlichen rechtsextremen Milieus und Akteuren – sind nicht denkbar ohne diese Vorgeschichte; insbesondere in der Art und Weise, wie sie öffentlich gegenüber Polizei, Ordnungsamt und politischer Repräsentation in der Kommune auftreten. Das sind erlernte, eroberte und erprobte Praktiken aus den 1990er Jahren, die in Westdeutschland – und das will ich nochmal als scharfe Kontur sagen – nicht denkbar sind. Ich erinnere an diese vigilantistischen Aufzüge, die wir ja faktisch in Sachsen haben. Das ist eine Vorform des Vigilantismus, dem eigentlich nur noch die Waffe fehlt.

Ansonsten ist die politische und organisatorische Formierung eigentlich abgeschlossen. Was denen fehlt, sind Waffen, und ich wundere mich immer darüber, dass das in dieser Schärfe offenkundig nicht erkannt wird, sondern bloß als ein lokal-koloristisches Phänomen in Sachsen oder in Teilen Thüringens interpretiert wird. Ich glaube, dass solche eruptiven Ereignisse wie Heidenau, Chemnitz 2018 etc. auch in unterschiedlichen Konstellationen wiederkommen können. Es ist notwendig, sich den Herausforderungen dieser rechtsautoritären Formierungsprozesse und ihrer Rutschbahn in eine Gewaltpraxis zu stellen. Denn diese Gewaltpraxis stellt eine reale Gefährdung der ganz konkreten Demokratie dar.

Wir haben mit Kommunalpolitikern zu tun, die im vertraulichen Gespräch sehr deutlich machen, wo ihre Grenzen liegen, und da hilft ihnen keine Polizei, weil das Strukturen sind, die mit den Mechanismen des Polizeiapparates nicht zu greifen sind oder auch nicht gegriffen werden sollen. Das haben wir im Kontext der Corona-Proteste gesehen. Man muss jetzt nicht nach dem Polizeistaat rufen, aber man kann feststellen, dass wir es im Kontext der Corona-Proteste ostdeutschlandweit ausschließlich mit einer Polizei im Rückwärtsgang zu tun hatten. Das hat meines Erachtens eine nachhaltige Wirkung und ist eine Botschaft an die Akteursgruppen. Das Ergebnis dieser Botschaft werden wir im nächsten Mobilisierungszyklus sehen und ich glaube, diese Coronaproteste oder die Transformation eines Kerns dieser Coronaproteste wird darin eine nicht unwichtige Rolle spielen.

*Carsta Langner:* Wir haben ja spätestens seit dem Bekanntwerden des NSU gesehen, dass eben nicht die Waffen fehlen. Wir haben auch an anderen Aktionen gesehen, dass durchaus Waffen vorhanden sind. Aber da ist meines Erachtens die Handlungsfähigkeit einer Zivilgesellschaft tatsächlich total überfordert, das ist dann ein genuin staatlicher Auftrag. Das Merkmal des Selbstbewusstseins der ostdeutschen Rechtsextremen würde ich auch als typisch ostdeutsch sehen. Das ist auf den politischen und gesellschaftlichen Umgang mit ihnen 1989/90 zurückzuführen. Lange Zeit wurde in einem breiten Diskurs die Teilhabe von radikal Rechten an der vermeintlich friedlichen Revolution so nicht thematisiert. Das Selbstbewusstsein der radikalen Rechten wurde auch dadurch gestärkt, dass ihnen in den 1990ern schon viele Podien zu Verfügung gestellt wurden.

*Roland Roth:* Stets ist es so, dass zivilgesellschaftliche Akteure eine zentrale Rolle in solchen autoritären Entwicklungen spielen. Dies gilt auch für Mobilisierungen, die nicht so eindeutig rechtsextrem sind, wie zum Beispiel die Corona-Proteste, die aber genuin antidemokratische, antipluralistische und

antistaatliche Elemente enthalten. Hinzu kommt eine antikapitalistisch getönte Globalisierungskritik, die von rechtsextremen oder rechten Gruppen betrieben wird. Sie füllen damit eine Lücke, denn wer spricht eigentlich in Ostdeutschland für die Menschen in den abgehängten Regionen, wer artikuliert die Erfahrungen der Leute, die vor Ort geblieben sind und nicht wegkonnten?

Das ist sicher auch ein Versäumnis einer linken, zumindest einer sozialdemokratischen Politik, die sich standhaft geweigert hat, die negativen Folgen von Globalisierungsprozessen überhaupt noch in den Blick zu nehmen, zu artikulieren und entsprechende soziale Absicherungen zu schaffen. Die Kapitalismuskritik ist abgewandert; die AfD und ein rechter Populismus haben ihr eine Heimat angeboten. Das hilft der Analyse nicht weiter, aber es macht sie meines Erachtens noch ein bisschen drängender.

*Renate Hürtgen:* Diese in die Gesellschaft hineinwirkende rechte Denkweise, die Carsta Langner vorhin erwähnt hat, schlägt sich dann zum Beispiel auch in den Gewerkschaften nieder, da stimme ich zu. Es gab Untersuchungen, die Anfang der 1990er Jahre schon einen hohen Anteil von rechten Einstellungen feststellten und das hat sich jetzt etabliert. Inzwischen gibt es von der AfD organisierte Betriebsräte, rechte Listen für die Betriebsratswahlen. Daneben aber immer auch die anderen Listen. Wie geht man damit um, wie versucht man die Machtverhältnisse da umzukehren? Warum werden die rechten „Angebote“ zunehmend wahrgenommen?

Und das, denke ich, hängt tatsächlich damit zusammen, dass Linke, und ich meine Linke im weitesten Sinne und schon gar nicht nur Parteien, keine emanzipatorische Antwort auf die jetzige Situation haben. Das heißt, wenn die Zivilgesellschaft, ob im Betrieb oder außerhalb, keine Angebote macht für ein emanzipatorisches Ziel, ein Ziel, das auch realisierbar erscheint, dann wird sie diese Schlacht verlieren, das ist das Problem. Wenn so ein Angebot da ist, also wenn zum Beispiel das Gefühl da ist, die Sache hat eine Chance, wie zum Beispiel beim Volksentscheid für *Deutsche Wohnen enteignen*, wächst das Engagement. Klar, Berlin ist keine sächsische Kleinstadt, dennoch war ich überrascht, dass auch Otto Normalverbraucher dafür gestimmt hat, es waren ja fast 65 Prozent. Wenn man also das Gefühl hat, hier lohnt sich der Einsatz eines Engagements, hier kann ich meine Lage verbessern, hier kann ich etwas verändern, dann wächst auch die Lust am Mittun. Im Augenblick gibt es dieses Angebot leider häufig von rechts.

*Andre Schmidt:* Die jetzt aufgeworfenen Fragen würde ich zum Abschluss unseres Gesprächs gerne nochmal explizit zur Diskussion stellen: Wie wird eine demokratische Zivilgesellschaft denn handlungsfähiger? Wofür lohnt es sich auch in den bestehenden Strukturen und Formaten zu streiten? Können sie emanzipatorisch weiterentwickelt werden und, wenn ja, welche Inhalte sollten dabei nach vorne gestellt werden – angesichts der Bedrohung durch die „dunkle Seite“, die wir hier ausführlich skizziert haben?

*Katrin Reimer-Gordinskaya:* Also erstens finde ich es enorm wichtig, auf kurze Sicht die entwickelten Strukturen zu verteidigen und nach Möglichkeit auszubauen. Zweitens gibt es auch im Rahmen dessen, was ich schlagwortartig als „progressiven Neoliberalismus“ bezeichne, noch Spielräume. Wir hatten zum Beispiel gerade vorgestern in der Berliner *Landeszentrale für politische Bildung* eine Diskussion um Perspektiven der Antidiskriminierungsarbeit angesichts der Berücksichtigung der sozialen Herkunft als diskriminierungsrelevantes Merkmal im *Landesantidiskriminierungsgesetz* (LADG) und von Forschungsergebnissen zu Klassismus im Berlin-Monitor. Daraus hat sich ein anderes Sprechen über die Verknüpfung unterschiedlicher Formen von Diskriminierung und die Verbindung von

Gegenbewegungen ergeben. Das ist meines Erachtens ein sehr wichtiger Punkt. Denn wir führen zwar notwendige Abwehrkämpfe gegen Rassismus, Antisemitismus usw., sprechen aber seltener über potentiell verbindende Perspektiven und ein politisches Projekt, das potenziell hegemoniefähig wäre. Ich würde gerne mehr miteinander darüber nachdenken, wo wir gemeinsam hinwollen.

*Roland Roth:* Meine Hoffnung geht noch in eine andere Richtung, jenseits dieses von Renate beschriebenen politischen Vakuums, was die Interessenvertretung angeht. Ich bin überzeugt davon, dass Demokratieerfahrungen, Selbstbestimmung und Gestaltungsmöglichkeiten in Alltagseinrichtungen von der Kita über Schule, Betrieb bis hin zum Altenheim eine wichtige Rolle für die Entwicklung der politischen Kultur spielen können. Kürzlich habe ich ein Interview mit einer Gruppe von Frauen geführt, die hier in Berlin ein Gartenprojekt in einem der Ostbezirke betreuen und leiten. Kurz zuvor haben sie eine „Palastrevolution“ in diesem Verein angezettelt und den langjährigen, patriarchalen Vorsitzenden in die Wüste geschickt, weil die sich nicht länger bevormunden lassen wollten, was die Verteilung der Beete, die Öffnungszeiten des Gartens und die Gestaltung des Vereinslebens angeht. Auch die Öffnung für die Bewohner\*innen einer Aufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in der Nähe spielte eine Rolle. Syrische Asylsuchende haben als Lehmbau-Spezialisten das Vereinshaus renoviert.

Das Interesse und die Lust von Menschen zu fördern, selbst etwas zu sagen zu haben und ihre Alltagseinrichtungen mitzugestalten, ist aus meiner Sicht das wirksamste Gegengift gegen autoritäre Landgewinne. Zudem würde ich gerne diskutieren, ob nicht auch der größte Unterschied zwischen Ost und West darin liegt, dass es in Ostdeutschland in manchen Lebensbereichen nur sehr unvollständig gelungen ist, diesem demokratischen Geist im Alltag Geltung zu verschaffen. Auf jeden Fall kann ich mich gut erinnern, dass es knallte, als ich in den 1990er Jahren Seminare mit Erzieher\*innen betreut habe, die eine Hochschulausbildung nachholen wollten. Die lebendigen Traditionen einer eher autoritären Pädagogik trafen dabei sehr konflikträchtig auf Studierende, die sich ein kinderzentriertes, mit- und selbstbestimmungsorientiertes, pädagogisches Arbeiten wünschten.

*Carsta Langner:* Ein großer Teil, ich glaube sogar mehr als in Westdeutschland, nichtstaatlicher Schulen wurde in den 1990er Jahren in Ostdeutschland gegründet und oftmals mit Labeln wie *Demokratische Schule* als Anspruch versehen. Ansonsten würde ich Herrn Roth vollkommen zustimmen, aber auch das ist Teil ostdeutscher Zivilgesellschaft.

*Andre Schmidt:* Neben Nachbarschaft und Schule wurden hier mehrfach auch die Betriebe als Orte genannt, an denen alltägliche Demokratie- und Mitbestimmungserfahrungen gemacht werden oder eben ausbleiben. Da hat sich meines Erachtens in Ostdeutschland in den vergangenen Jahren etwas getan. Es gab Betriebsratsgründungen und eine Reihe von Streiks, die insbesondere in Sachsen als ein „Aufbruch Ost“ thematisiert wurden. Mit Schlagworten wie „Lohnmauer einreißen“ gingen sie über rein betriebliche Auseinandersetzungen hinaus und es schien an der Stelle dann auch um Gesellschaftspolitik und die allgemeine Anerkennung von ostdeutschen Anliegen zu gehen.

*Renate Hürtgen:* Es gab vor ein paar Jahren die Gruppe *Aufbruch Ost*. Das war tatsächlich so ein Versuch von jungen Linken, genau mit diesem Impetus reinzugehen in die ostdeutsche Gesellschaft, auch streikende Betriebe zu unterstützen und diesen Bezug zur ostdeutschen Geschichte herzustellen. Das waren die Kinder und die Enkelkinder von denen, die 1989 dabei gewesen waren. Kurz vor den Landtagswahlen 2019 versuchten sie im wahrsten Sinne des Wortes, „auf den Marktplätzen“ ins Gespräch zu kommen und über die Erinnerungen an die Kämpfe der 1990er Jahre ein gewisses

Selbstbewusstsein aufzubauen. Ich habe einen Kollegen, der als Funktionär der *Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG)* in Riesa Streiks mitorganisiert hat – das waren für fast alle die ersten Streiks in ihrem Arbeitsleben. Und die Stimmung war toll, tatsächlich gibt es da schon wieder neue Streiks, die Kolleg\*innen sind selbstbewusster geworden. Sicher, man darf's nicht idealisieren, die hauptsächlichen Bewegungen, da hat ja Roland Roth völlig Recht, scheinen eher einen rechten oder rechtskonservativen Charakter zu tragen, und damit muss man dann auch umgehen.

*Katrin Reimer-Gordinskaya*: Ich kann mich dem anschließen, was Renate Hürtgen und auch Roland Roth gesagt haben. Zugleich plädiere ich dafür, innerhalb der bestehenden Institutionen und Formate die Grenzen auszutesten, Machtfragen zu stellen und sich nicht mit dem zu bescheiden, was diese Programme ermöglichen. Zum Beispiel wissen wir aus kritischen Debatten in der Sozialen Arbeit, dass Partizipation oder Empowerment Konzepte und Praxen sind, die entwendet und eingemeindet worden sind, etwa im Sinne von Quartiersmanagement, in dem gesellschaftskritische Perspektiven wie in radikaleren Traditionen der Gemeinwesenarbeit eher nicht angelegt sind. Dies wiederholt zur Sprache zu bringen und Alternativen zu entwickeln ist praktisch möglich.

Um mal ein Beispiel zu geben: Man kann die *Tafeln* zu Recht zu kritisieren, dennoch sind sie unter den gegebenen Bedingungen notwendig, auch im ländlichen Raum. Dort bieten wir parallel zur *Tafel* einmal im Monat ein kostenfreies Mittagessen an und öffnen Räume, in denen Alltagserfahrungen geteilt und auch gesellschaftskritisch diskutiert werden, um sich mittelfristig potenziell zu organisieren. In Leipzig und in anderen größeren Städten in Ostdeutschland gelingt es schon, rund ums Thema Wohnen und Mieten so eine Mobilisierungs- und Organisierungsperspektive zu stärken. Ähnliche Entwicklungen gibt es in der sogenannten aufsuchenden Bildungsarbeit.

Renate Hürtgen: Ich habe auch nicht gemeint, dass man mit großen Theorieprogrammen von Emanzipation da reingehen soll. Aber die rechte Kritik ist ja auch eine Kapitalismuskritik. Und das ist das Problem: Wie lassen sich zivilgesellschaftliches Engagement und Partizipation mit einer linken Kapitalismuskritik verbinden? Wo wirklich das Gefühl entsteht, mein Engagement lohnt sich, z.B. wie in Berlin gegen die Miet-Haie zu kämpfen, dann kann vielleicht eine zivilgesellschaftliche Gegenbewegung entstehen.

#### **Die Diskutierenden:**

**David Begrich** ist Theologe und Sozialwissenschaftler. Er ist langjähriger Mitarbeiter bei *Miteinander e.V.* in Magdeburg und veröffentlicht zur extremen Rechten und politischen Kultur in Ostdeutschland.

**Dr. Renate Hürtgen** ist Historikerin und Autorin. Sie war als unabhängige Gewerkschafterin Teil der oppositionellen Bewegung in der DDR und forscht zur Transformationsgeschichte von Gewerkschaften und Betrieben in der DDR und Ostdeutschland.

**Dr. Carsta Langner** ist Politikwissenschaftlerin und Historikerin. Sie arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Jena. Sie forscht unter anderem zu Transformationserfahrungen in der ostdeutschen Umbruchgesellschaft und historischen Formierungsprozessen der Zivilgesellschaft.

**Prof. Dr. Katrin Reimer-Gordinskaya** ist Psychologin und Professorin an der Hochschule Magdeburg-Stendal, wo sie 2022 das *Institut für demokratische Kultur (IdK)* mitbegründet hat. Zu ihren

Forschungsschwerpunkten gehören Perspektiven emanzipatorischer Praxis in ländlichen und urbanen Räumen, zudem war sie in der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin tätig.

**Prof. Dr. Roland Roth** ist Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Sein Interesse gilt den Themenfeldern Demokratie, Integration, soziale Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen. Als Wissenschaftler und Bürgerrechtler berät er eine Reihe zivilgesellschaftlicher Organisationen und begleitet politische Prozesse zur Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements.

**Andre Schmidt** ist Soziologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am *Else-Frenkel-Brunswik-Institut* der Universität Leipzig. Dort arbeitet er zu den Schwerpunkten Demokratisierung und Arbeitswelt, sozialer Konflikt und Zivilgesellschaft.

**Clara Schliessler** ist Sozialpsychologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am *Else-Frenkel-Brunswik-Institut* der Universität Leipzig. Sie arbeitet u.a. zu den Themen Verschwörungsmentalität, Esoterik und politischer Protest sowie zu (Neu-) Konzeptionalisierungen des Autoritären Syndroms.